

BerlinBulletin

Aktuelles aus Regierung und Parlament

V.i.S.d.P.: Bernhard Fuhrmann, DLR, VO-PW



1. Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes ([17/8098](#)) vorgelegt über den der Bundestag am Donnerstag, dem 15. Dezember 2011 erstmals beraten hat. Damit soll vor allem die Richtlinie 2009/2012/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über Flughafenentgelte umgesetzt werden. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedsstaaten auf gemeinsame Regeln zur Festlegung von Flughafenentgelten für Flughäfen mit jährlich mehr als fünf Millionen Fluggastbewegungen. Flughafenentgelte werden erhoben für die Nutzung der Einrichtungen und Dienstleistungen, die ausschließlich von Flughafenbetreibern bereitgestellt werden und mit Landung, Start, Beleuchtung und Abstellen von Flugfahrzeugen sowie mit der Abfertigung von Fluggästen und Fracht in Zusammenhang stehen. Mit der Richtlinie soll sichergestellt werden, dass diese Flughafenentgelte in transparenter und nicht diskriminierender Weise erhoben werden. Deshalb sollen regelmäßige Konsultationen zwischen Flughafenunternehmen und Flughafennutzer eingerichtet werden.

Mit dem Gesetzentwurf sollen zugleich die Verbraucherschutzbestimmungen aus der Ver-

ordnung (EG) Nummer 1008/2008 und des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. September 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft umgesetzt werden. Dabei geht es vor allem darum, allen Kunden transparente Preise und in gleicher Weise Zugang zu den angebotenen Flugpreisen zu gewähren. Dadurch soll die Vergleichbarkeit von Flugpreisen erleichtert werden.

Zudem sollen durch den Gesetzentwurf unbemannte Luftfahrzeugsysteme (Drohnen) als eine neue Kategorie von Luftfahrzeugen eingeführt werden. Weiter soll klargestellt werden, dass Flüge zum Absetzen von Fallschirmspringern genauso wie Flugsportgeräte generell von der Betriebsgenehmigung nach Paragraph 20 Absatz 1 befreit sind. Dies soll auch gelten, wenn Flüge dieser Art gewerblich oder im Rahmen einer Vereinstätigkeit durchgeführt werden.

***Linksfraktion: Nächtllicher Lärmschutz soll
Priorität vor wirtschaftlichen Belangen
haben***

Im Luftverkehr soll der nächtliche Lärmschutz Priorität vor wirtschaftlichen Belangen haben.

Dies fordert die Fraktion Die Linke in einem Gesetzentwurf zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes ([17/8129](#)).

Gemäß Luftverkehrsgesetz dient die Flugsicherung der sicheren, geordneten und flüssigen Abwicklung des Luftverkehrs, schreibt die Fraktion. Der Schutz vor Fluglärm finde somit bei der Abwicklung des Luftverkehrs keine ausdrückliche Erwähnung. Zwar verpflichte das Gesetz die Luftfahrtbehörde und die Flugsicherung, auf den Schutz der Bevölkerung vor unzumutbarem Fluglärm „hinzuwirken“. In der Praxis würden Lärmschutzbelange aber in der Regel hinter die betrieblichen Belange der Flughafenbetreiber und der Fluggesellschaften treten.

Neuere Studien der Lärmwirkungsforschung würden zeigen, dass dem Lärmschutz der Bevölkerung vor dem Hintergrund der gesundheitlichen Risiken, denen die Anwohner insbesondere im Umfeld der Flughäfen ausgesetzt sind, zukünftig ein größeres Gewicht beizumessen sei. Dabei sei zwischen dem Flugbetrieb während des Tages und während der Nacht zu unterscheiden. Während des nächtlichen Flugbetriebes sei der Nachtruhe Priorität vor anderen Belangen einzuräumen, schreibt die Fraktion.

Überweisungen

Der Antrag wurde federführend an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und mitberatend an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Weiter Informationen: [Plenarprotokoll 17/149](#) der 149. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 15. Dezember 2011, [BR -DRS 571/11](#)

([Gesetzentwurf](#)), Plenarprotokoll der [889. Sitzung des Bundesrats](#) vom 4. November 2011

SPD-Fraktion: Energieeffizienz europaweit verbessern

Die SPD-Fraktion fordert eine wirkungsvolle Ausgestaltung der Energieeffizienz-Richtlinie der Europäischen Union. In einem Antrag ([17/8159](#)) werden mehrere Maßnahmen vorgeschlagen. „Ohne entschiedenes Handeln auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene können die Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Senkung des Primärenergieverbrauchs nicht annähernd bis 2020 erreicht werden“, schreibt die SPD-Fraktion. Die Bundesregierung soll sich bei den Verhandlungen über die Richtlinie unter anderem dafür einsetzen, dass staatliche Wohnungsbaugesellschaften nicht benachteiligt werden. Außerdem soll sich die öffentliche Beschaffung generell an der höchsten Effizienzklasse orientieren, „weil auch hier die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand im Vordergrund steht“, schreibt die SPD-Fraktion.

Die SPD-Fraktion spricht sich aus mehreren Gründen für einen europäischen Ansatz zur Erhöhung der Energieeffizienz aus. So sei eine europäische Zielsetzung klimapolitisch am wirkungsvollsten, und der europäische Wirtschaftsraum werde von hohen zweistelligen Milliardenbeträgen für vermiedene Energieimporte entlastet. Energieeffizienzmaßnahmen und Einsparverpflichtungen würden außerdem im europäischen Markt nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Schließlich profitiere Deutschland von den positiven Effekten der Energieeffizienz – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.

Der Antrag wurde federführend an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und

mitberatend an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Weiter Informationen: [Plenarprotokoll 17/149](#) der 149. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 15. Dezember 2011.

Michael Nast, Institut für Technische Thermodynamik des DLR spricht über Anreizinstrumente

Der Umbau des Energiesystems muss in den kommenden Jahren verstärkt im Wärmesektor stattfinden. Dort muss der zügige Wechsel hin zu Erneuerbaren Energien in Kombination mit zusätzlichen Effizienzmaßnahmen dringend vorangebracht werden. Welche Instrumente bisher in der Wissenschaft diskutiert wurden und welche Vor- und Nachteile die jeweiligen Ansätze haben, wurde im Rahmen der Reihe „BEEtreff“ der Bundesverbands Erneuerbare Energie e.V. im Gespräch mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Branche am 6. 12. erörtert.

Kernfrage des Expertenbeitrags von Herrn Dipl.-Phys. Michael Nast (DLR), Institut für Technische Thermodynamik, war, wie ein erfolgreiches Anreizinstrument im Zusammenhang mit dem EEWärme Gesetz ausgestaltet sein muss. Er erläuterte, dass sowohl die Technologien als auch die Instrumentenvorschläge vorhanden seien, es nun vielmehr um die Umsetzung ginge. Die Bundesregierung hätte eine historische Chance: Deutschland sei bereits Vorreiter im Stromsektor und könne diese Vorreiterschaft nun auf den Wärmesektor ausdehnen.

Als Gründe für neue Förderinstrumente nannte Herr Nast,

- die Bereitstellung des Förderbudgets von 800 Millionen Euro allein aus Steuermitteln sei fragwürdig,
- Das EEWärmeG wirke (fast) nur auf Neubauten. Eine Ausweitung auf den Altbaubestand führe zu Akzeptanzproblemen
- Das EEWärmeG lasse wenig Spielräume für einen wirtschaftlich optimalen Ausbau der erneuerbaren Energien

Er erläuterte dann das sogenannte „Bonusmodell“, welches von Prognos auch „Prämienmodell“ genannt wird. Das Bonusmodell sei im Kern eine Fortführung des Marktanzreizprogramms auf Basis einer Umlage. Die wesentliche Neuerung des Prämienmodells sei, dass auch staatliche Instanzen an der Umlage beteiligt sein dürfen.

Es folgte eine Diskussion, moderiert von Harald Uphoff (BEE, Stellvertretender Geschäftsführer Referent für Energiepolitik), mit Herrn Nast und Herrn Martin Bentele, (geschäftsführender Vorsitzender des Deutschen Energieholz- und Pellet-Verband e.V. – DEPV).

Öffentliche Anhörung zum Lärmschutz

Schutz vor Lärm war Thema einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am Mittwoch, dem 14. Dezember. Grundlage war ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/4652](#)) „Schutz vor Bahnlärm verbessern – Veraltetes Lärmprivileg Schienenbonus abschaffen“ sowie ein Antrag der SPD-Fraktion ([17/5461](#)) mit dem Titel „Für einen neuen Infrastrukturkonsens –

Schutz der Menschen vor Straßen- und Schienenlärm nachdrücklich verbessern“.

Als Sachverständige hatte der Ausschuss geladen: Robert Attinger, Bundesamt für Verkehr der Schweiz, Wolfram Bartholomaeus, Bundesanstalt für Straßenwesen, Roland Diehl, Sprecher der IG Bohr, Professor Rainer Guski von der Ruhr-Universität in Bochum, Professor Markus Hecht, Technische Universität Berlin, Michael Jäger-Cüppers, Deutsche Gesellschaft für Akustik, Ulrich Möhler, Möhler + Partner Ingenieure AG sowie Christian Pop, Lärmkontor GmbH.

Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung von Straßenlärm betroffen

Lärm kann krank machen. Darüber waren sich die Sachverständigen bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung einig.

Professor Rainer Guski, Ruhr-Universität Bochum, wies in seiner schriftlichen Stellungnahme darauf hin, dass in der Lärmwirkungsforschung äquivalente Dauerschallpegel oberhalb von etwa 60 Dezibel (dB) am Tag und 50 dBA in der Nacht als gesundheitliche Bedrohung angesehen werden. Beziehe man diese Pegel auf die bundesdeutsche Wohnbevölkerung, dann bedrohe der Straßenlärm tags und nachts jeweils 30,9 Prozent der Bevölkerung, der Schienenlärm tags 9,3 Prozent und nachts 21,1 Prozent.

Für Wolfram Bartholomaeus von der Bundesanstalt für Straßenwesen handelt es sich bei der Festlegung von Grenzwerten bei Lärmvorsorge um „politische Entscheidungen“. Das Wünschenswerte stehe dabei dem finanziell Machbaren gegenüber und es müssten „vernünftige

Kompromisse“ gefunden werden. Er wies in seiner Stellungnahme auf die Lärmschutzpakete der Bundesregierung aus den Jahren 2007 und 2009 hin, mit dem der Verkehrslärmschutz verbessert werden solle. Dazu habe der Bund 2006 die für Lärmsanierung zur Verfügung stehenden Mittel von 25 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro pro Jahr verdoppelt sowie im vergangenen Jahr die Auslösewerte für Lärmsanierung an Bundesfernstraßen um drei dB abgesenkt. Diese Maßnahmen würden eine deutliche Verbesserung der Lärmsanierung an Bundesfernstraßen darstellen. Grundsätzlich hielt er eine quellennahe Lärmbekämpfung für sinnvoll. Dies könne durch lärmarme Straßenbeläge, lärmgeminderte Reifen und zukünftig verstärkt auch durch lärmarme Fahrzeuge (Elektromobile) geschehen.

Christian Popp, Lärmkontor GmbH, kritisierte, dass in Deutschland eine systematische Erprobung von für den Innerortsbereich geeigneten Straßenbelägen mit lärmmindernder Wirkung fehle. „Gelingt es nicht, für die Innerortsstraßen, die die meisten Lärmbetroffenen in Deutschland erzeugen, geeignete Straßenbeläge sicher zu identifizieren, werden die Kommunen weiter an individuellen Lösungen basteln“, sagte er.

Für Michael Jäger-Cüppers von der Deutschen Gesellschaft für Akustik ist trotz einiger Fortschritte die Beeinträchtigung durch Verkehrslärm in Deutschland nach wie vor zu hoch. Relevante Teile der Bevölkerung seien Pegeln ausgesetzt, die gesundheitliche Risiken durch Verkehrslärm befürchten lassen würden. Im Bereich des Straßenverkehrs würden diese Menschen vor allen an kommunalen Straßen wohnen. Die meisten Kommunen hätten jedoch keine Programme, die den Lärmsanierungsprogramm des Bundes an Bundesfernstraßen

und –schienenwegen vergleichbar seien.

Beim Schienenverkehrslärm setzte sich Jäger-Cüppers für die Abschaffung des Schienenbonus mindestens für Belastungen, die gesundheitliche Risiken mit sich bringen, ein. Der sogenannte Schienenbonus besagt, dass fünf dBA vom gemessenen Schallpegel abgezogen werden. Ulrich Möhler, Möhler + Partner Ingenieure AG, wies auf die unterschiedlichen Schallpegel beim Lärm von der Schiene und der Straße hin. Während es beim Straßenverkehrslärm eine Dauerbelastung gebe, seien für den Schienenverkehrslärm nach Ruhephasen Pegelspitzen typisch. „Die Bahngeräusche werden als weniger andauernd und unausweichlich bewertet und der Bahnlärm wird insgesamt als weniger beeinträchtigend empfunden, da die Geräusche für Betroffene vorhersagbar sind“, schreibt er.

Möhler hielt eine generelle Abschaffung des Schienenbonus auf der Grundlage der jüngsten Untersuchungen der Lärmwirkungsforschung für „nicht begründbar“. Es habe sich jedoch gezeigt, dass der pauschale Ansatz des Korrekturwertes von fünf dBA für alle Situationen des durchgehenden Schienenverkehrs nicht angemessen sei. Insbesondere für die Situation überdurchschnittlich hoher Vorbeifahrthäufigkeit von Güterzügen und mit geringen Abständen zwischen dem Verkehrsweg und der Wohnbebauung solle die Anwendung des Korrekturwertes überprüft werden.

Für Roland Diehl, Sprecher der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hochrhein (IG Bohr) hat sich der Schienenverkehrslärm inzwischen zu einem zentralem Umweltproblem entwickelt. Während sich beim Straßenlärm durch leisere Motoren lärmmindernde Reifen und Straßenbeläge eine erfreu-

liche Entwicklung abzeichne, sei der Schienengüterverkehr auf Grund des noch immer „überwiegend eingesetzten (ur)alten Wagenmaterials laut wie eh und je“. Deshalb forderte er den Schienenbonus angesichts der zu erwartenden hohen Belastungen des Schienennetzes mit immer schnelleren, schweren und zahlreicheren Güterzügen „unverzüglich“ auszusetzen. „Wir können uns ein Privileg für den Bahnlärm nicht mehr leisten“, sagte er.

Geschlechtergerechtigkeit im Wissenschaftssystem

Der Bundestag beschäftigte sich am Donnerstag, 15. Dezember 2011 mit Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Forschung und diskutierte eine Große Anfrage der Fraktionen von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen ([17/5541](#)). Darin erkundigen sich die Abgeordneten unter anderem nach dem Frauenanteil in Wissenschaft und Forschung und fragen außerdem nach neuen Perspektiven, Strategien, politischen Instrumenten und Förderprogrammen.

„Vergeudung intellektuellen Potenzials“

Nach wie vor seien Frauen in Wissenschaft und Forschung stark unterrepräsentiert, betonen die Fragesteller. Eine „gläserne Decke“ versperre den Weg in höhere Qualifikationsstufen, Entscheidungsgremien und Leitungsfunktionen. Auch in politiknahen Beratungskommissionen, wissenschaftlichen Expertengremien und der industriellen Forschung seien sie unterdurchschnittlich vertreten.

„Die Vergeudung des intellektuellen Potenzials von Frauen rückt zunehmend als gravierendes Innovations- und Qualitätsdefizit in Forschung

und Wissenschaft ins Bewusstsein“, heißt es in der Großen Anfrage. Zudem gerate die „unbefriedigende Entwicklung“ immer mehr in Widerspruch zu einer „Gleichstellungsrhetorik“ in Einrichtungen und Organisationen von Wissenschaft und Forschung.

Frauen im Wissenschaftssystem stark unterrepräsentiert

Die Bundesregierung verweist in ihrer Antwort ([17/7756](#)) auf die Anfrage auf Angaben des Statistischen Bundesamtes. Demnach ist der Anteil der weiblichen Studierenden von 46,1 Prozent im Jahr 2000 auf 47,8 Prozent im Jahr 2009 gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Frauen, die einen universitären Abschluss erlangten, von 44,8 Prozent auf 52,3 Prozent gestiegen. Auch der Frauenanteil bei Promotionen hat von 34,3 Prozent (2000) auf 44,1 (2009) Prozent zugelegt.

Der Antwort zufolge ist auch der Anteil der Frauen am wissenschaftlichen Personal in außeruniversitären Forschungseinrichtungen und in Leitungsfunktionen kontinuierlich gewachsen. Jedoch sind Frauen dort noch immer stark unterrepräsentiert. Zudem arbeiten sie – so lässt sich der Vorlage entnehmen – an Hochschulen öfter in befristeten Beschäftigungsverhältnissen als Männer. 2009 waren hier rund 50,9 Prozent der Frauen auf Zeit angestellt, bei den Männern betrug der Anteil nur 41,5 Prozent.

Regierung: Chancengleichheit hat sich verbessert

Die Chancengleichheit für Männer und Frauen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen habe sich in den vergangenen zehn Jahren deutlich verbessert, betont die Bundesregierung in ihrer Antwort.

Die bestehende Unterrepräsentanz von Frauen im Wissenschaftssystem werde durchgängig als Problem wahrgenommen; Bund, Länder, Hochschulen und Forschungseinrichtungen hätten unterschiedliche Initiativen ergriffen, um die Situation zu ändern.

So habe das Professorinnenprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung dazu geführt, dass „Gleichstellung nun als Leistungsaufgabe in den Hochschulen verankert ist und eine von der Öffentlichkeit wahrgenommene Erhöhung der Professorinnenanzahl erreicht werden konnte“.

15 Millionen Euro für das Professorinnenprogramm

Die Bundesregierung habe das Ziel, das im Grundgesetz verankerte Grundrecht der Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen, heißt es weiter. In das Professorinnenprogramm sind laut Antwort im Jahr 2010 15 Millionen Euro geflossen, in das Förderprogramm „Frauen an die Spitze“ 7,86 Millionen Euro und in den Nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen – also in Berufen der Fachgebiete Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – rund 3,82 Millionen Euro.

Weiter Informationen: [Plenarprotokoll 17/149](#) der 149. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 15. Dezember 2011.

SPD fordert die Einrichtung eines Nanoproduktregisters

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung in einem Antrag ([17/8158](#)) dazu auf, dem Thema Sicherheit im Bereich der Nanotechnologie höchste Priorität beizumessen. Darüber hinaus soll unter anderem im Ministerrat der EU die

sofortige Einrichtung eines Nanoproduktregisters gefordert werden. Des Weiteren drängen die Sozialdemokraten auf die Umsetzung eines bereits verabschiedeten Antrages ([16/12695](#)), der ebenfalls die Verbesserung der Sicherheitsforschung zum Ziel hat.

Der Antrag wurde federführend an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Weiter Informationen: [Plenarprotokoll 17/149](#) der 149. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 15. Dezember 2011.

Deutsche und französische Abgeordnete fordern stärkere Parlamentsbeteiligung in Europafragen

Eine stärkere Beteiligung der Parlamente bei der Bewältigung der Euro-Krise haben Abgeordnete des Bundestages und der französischen Nationalversammlung bei einer gemeinsamen Sitzung in Berlin gefordert. „Wir haben gezeigt, wie zentral unsere gemeinsame Arbeit für Europa ist“, sagte der Vorsitzende des französischen Europaausschusses Pierre Lequillier von der bürgerlich-konservativen UMP am Mittwochnachmittag. Er erklärte, es sei wichtig, dass die Parlamente eine Mitsprache bei allen Budgetfragen hätten. Außerdem regte er ein interparlamentarisches Gremium an, das zu einem Viertel aus Vertretern des Europäischen Parlaments und aus europäischen Parlamentariern bestehen sollte.

Zuvor hatte die Delegation der Assemblée Nationale die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zum Europäischen Rat am vergangenen Wochenende verfolgt. Die Positionen der Parteien in Deutschland entsprechen nicht den Positionen

der Parteien in Frankreich, stellte Lequillier fest. Michael Stübgen (CDU) erklärte, dass die verschiedenen Bewertungen für Beobachter des Gipfels überraschend seien. Er betonte jedoch,

dass es bei „fundamentalen Begriffen“ koalitionsübergreifende Einigungen gebe. „Wir können nicht so positiv in die Zukunft sehen“, entgegnete Michael Roth (SPD). Er kritisierte, dass beim Europäischen Rat kein „substanzieller Beitrag“ zur Lösung der Krise geleistet wurde und forderte, es sei „Zeit für ein Europa der Parlamente“.

Gabriele Molitor (FDP) sagte, der Gipfel habe gezeigt, dass das „deutsch-französische Tandem“ gut funktioniert. Sie warnte jedoch davor, dass viele Menschen Europa derzeit mehr als Krise denn als Gemeinschaft wahrnehmen würden. Für die Fraktion die Linke erklärte Alexander Ulrich, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy in Europa „alleine“ entscheiden. Die französischen Kollegen forderte er auf, sich auch in Frankreich für eine Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Für Bündnis 90/Die Grünen erklärte Jerzy Montag, seine Fraktion sehe die Entscheidungen des Europäischen Rates als „kritisch und zu kurz greifend“. Er erkundigte sich bei seinen französischen Kollegen danach, in welcher Form das Parlament bei den anstehenden europäischen Entscheidungen beteiligt werden müsse. Lequillier wies darauf hin, dass der geplante europäische Vertrag voraussichtlich im März fertig gestellt werde, das französische Parlament aber wegen des Wahlkampfes zwischen März und Juni nicht arbeite.

Sein Fraktionskollege Jean-Yves Cousin (UMP) forderte als weiteres Thema der Sitzung die Abhängigkeit Europas von Rating-Agenturen zu

verringern und diese stärker zur Verantwortung zu ziehen. Auch der linke Abgeordnete Jacques Desallangre (GDR) wandte sich gegen eine „Bevormundung“ durch die Rating-Agenturen, die man sich nicht gefallen lassen dürfe. Der

sozialistische Abgeordnete Christophe Caresche (SRC) kündigte bei einem Wahlsieg seiner Partei für 2012 eine große Steuerreform und für 2013 die Einhaltung des Stabilitätspaktes an. Auch er forderte, die nationalen Parlamente stärker in europäische Entscheidungen einzubinden. Der konservative Yves Bure (UMP) sprach sich ebenfalls dafür aus, dass die Frage der Parlamentsbeteiligung schnell gelöst und die Parlamente in europäischen Fragen frühzeitig einbezogen werden sollten.

Telegramm

... Die **GMES-Initiative** (Global Monitoring of Environment and Security; Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung) ist ein ziviles Programm der EU im Bereich der Raumfahrt und Umweltbeobachtung. GMES-Daten werden nicht für Zwecke der militärischen Aufklärung eingesetzt, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/7806](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/7392](#)) erklärt. ... Bundesregierung will **Zahl der Verkehrstoten** um 40 Prozent reduzieren. Das neue Verkehrssicherheitsprogramm 2011 (VSP 2011) versteht sich als Leitfaden für eine Fortsetzung der erfolgreichen Verkehrssicherheitsarbeit auf nationaler Ebene, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/7765](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/7253](#)) erklärte. ... Die bundeseigene KfW-Bankengruppe finanziert derzeit mehrere **Kohlekraftwerksprojekte**, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/7757](#)) auf eine Kleine Anfrage der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/7449](#)) schreibt. ... Die **Anhebung der Trassen- und Stationspreise** durch die Deutsche Bahn AG ist Thema einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/ 7944](#)). ... Nach der von der Bundesregierung geplanten Einrichtung einer **Markttransparenzstelle** für den Großhandel mit Strom und Gas erkundigt sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einer Kleinen Anfrage ([17/7904](#)). ... In einer Antwort ([17/7777](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/7430](#)) schreibt die Bundesregierung, dass im Zeitraum von 2011 bis 2035 dabei rund zwei Milliarden Euro für die **Stilllegung der Kraftwerke** und etwa 1,2 Milliarden Euro für den Endlagerbereich ausgegeben werden müssen. ... Der **europäische Emissionshandel im Luftverkehr** steht im Mittelpunkt einer Kleinen Anfrage ([17/8033](#)) ... Die Ausgestaltung der **Transeuropäischen Verkehrsnetze** (TEN-V) sind Thema einer Kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/8070](#)). ...Über die Leistungsfähigkeit des **Eisenbahnknotens Köln** will sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einer Kleinen Anfrage ([17/8063](#)) informieren. ... Die **Stromerzeugungssituation** in Deutschland wird sich vermutlich nach 2013 verbessern. Diese Erwartung äußert die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/7928](#)) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion ([17/7695](#)). ... Unterschiedliche Prognosen zur Nutzung der **Kraft-Wärme-Kopplung** sind Anlass für eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/8067](#)). ... Die Bundesregierung gibt derzeit keine Auskunft über ein Schreiben der Europäischen Kommission an die Bundesregierung bezüglich der Umsetzung der **EU-Wasserrahmenrichtlinie**. „Der Schriftverkehr zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten bei Vertragsverletzungsverfahren unterliegt grundsätzlich der

Vertraulichkeit“, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/8036](#)) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen ([17/7724](#)). ... Die Bundesregierung beabsichtigt derzeit nicht, die **Verbrennung von Holz aus Biomasse** in Kohlekraftwerken zu fördern. Das geht aus einer Antwort ([17/8037](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/7563](#)) hervor. ...

Vorschau auf die nächste Sitzungswoche

... Am 18. Januar trifft sich die Energiekoordinationsgruppe der CDU/CSU zum Fachgespräch [“Energiepolitischer Dialog: Spannungsfeld Energieeffizienz“](#) ... Die Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt lädt zum Neujahrsempfang am Dienstag, 17. Januar 2012, 19:00 Uhr in die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft... MdB Erich G. Fritz lädt am 18. Januar zur Buchpräsentation mit dem Titel “Zeitenwende in Japan?”. Das Buch enthält u. a. ein Kapitel zur deutsch-japanischen Kooperation in der Raumfahrt... Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu mehreren Anträgen sowie der Mitteilung der Kommission zur Verkehrssicherheit ... Bericht des Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zu Chancen und Herausforderungen neuer Energiepflanzen ([17/3891](#)) und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft im Hinblick auf EU-Beihilfepolitik - am Beispiel der Nanoelektronik ([17/4982](#)) ...

VO-PW wünscht frohe Weihnachten und ein erfolgreiches neues Jahr



(Quelle: [Stuttgarter Zeitung Blog](#))

Inhalte und Redaktion:

Nina-Louisa Remuß
Politik- und Wirtschaftsbeziehungen
Büro Berlin-Mitte
Markgrafenstr. 37
10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 67 05 5 478
Fax.: +49 (0) 30 67 05 5 475
Email: Nina-Louisa.Remuss@DLR.de
Internet: www.dlr.de/pw

Quellennachweis: Eigene Texte über Veranstaltungen, Aktivitäten etc, Verwendung von freizugänglichen Quellen (s.u.auch Links im Text). Detailnachweis auf Anfrage.